



Kein Fortschritt bei Transparenz für Pharmagelder

Die namentliche Offenlegung von Zahlungen der Pharmabranche an Ärzte stagniert auf niedrigem Niveau. Einzelne Unternehmen machen die Zustimmung zur Transparenz zur Vertragsbedingung.

Gerald Gartner, Markus Hametner

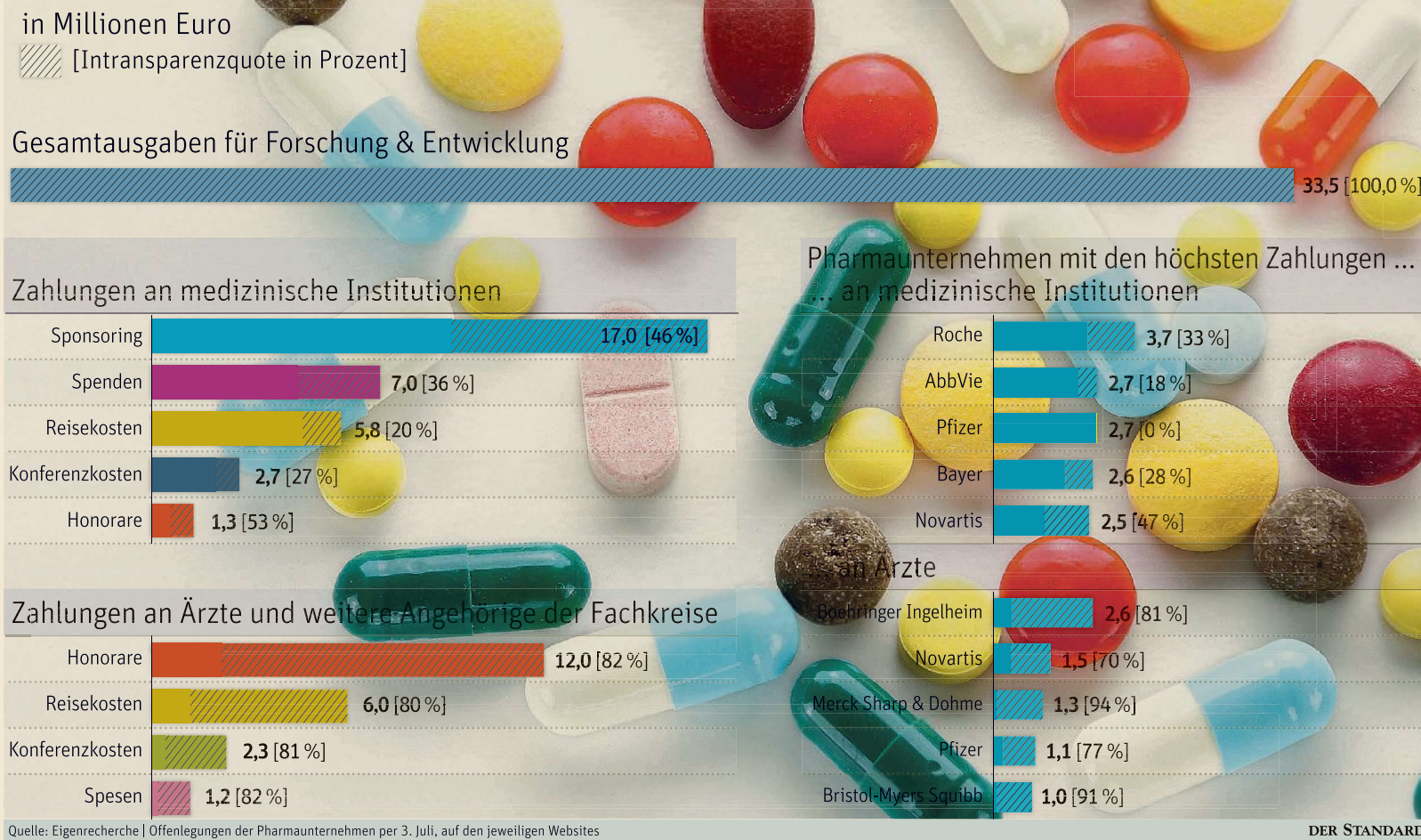
Wien – 3560 Ärzte, 980 Krankenhäuser und Institutionen, 90 Millionen Euro: Das sind die Eckdaten einer neuen Datenbank mit Zahlungen der Pharmaindustrie an Mediziner und medizinische Organisationen, die der STANDARD, der ORF und die deutsche Rechercheplattform Correctiv gemeinsam recherchiert und online auf dStd.at/EurosFuerAerzte veröffentlicht haben. Anhand dieser Datenbank ist es erstmals möglich, Pharmazahlungen aller veröffentlichten Unternehmen zu durchsuchen und herauszufinden, ob der eigene Hausarzt oder das behandelnde Krankenhaus Geld erhalten hat. Die Auswertung zeigt, dass der Anteil der Gelder, der transparent nachvollziehbar ist, bei Ärzten und Angehörigen der Fachkreise (Apotheker, Zahnärzte etc.) bei 19 von 100 ausgezahlten Euro stagniert und bei Organisationen von 57 auf 62 von 100 ausgezahlten Euro gestiegen ist – wie berichtet.

Gesetzesdiskussion möglich

Inwieweit Honorare von Pharmafirmen das Verhalten von Ärzten und Ärztinnen beeinflussen, ist umstritten. Die Betroffenen selbst weisen eine Einflussnahme stets von sich. Eine deutsche Studie kam allerdings zu dem Schluss, dass Ärzte, die mehr Pharmareferenten empfangen, mehr Medikamente verschreiben. Im Vorjahr hat die Pharmabranche 21 Millionen Euro an Mediziner gezahlt.

Eine neue Detailanalyse macht deutlich, welche Pharmaunter-

Wie viel die Pharmaindustrie an Ärzte und medizinische Institutionen überweist



nehmen die Initiative „Transparenz schafft Vertrauen“ des Verbandes der pharmazeutischen Industrie (Pharmig) und der Österreichischen Ärztekammer ernst nehmen – und welche weniger. Unter den zehn Pharmaunternehmen, die die höchsten Zahlungen an Privatpersonen leisteten, erreichen nur zwei eine Offenlegungsrate von über einem Viertel der Gesamtausgaben (siehe Grafik). Manche Firmen zeigen allerdings, dass ein höheres Maß an Transparenz möglich ist: Vertex und Glaxo Smith Kline haben eine (fast) vollständige Offenlegung an private Empfänger erreicht. Am anderen Ende der Transparenzskala liegen zwölf

Unternehmen, die keinen einzigen Empfänger individuell benennen. Drei von ihnen (Ferring, GE und Actelion) überwiesen über 100.000 Euro an Ärzte.

Wie kommt es zu diesen Unterschieden? Das Pharmaunternehmen Glaxo Smith Kline schließt beispielsweise nur Verträge mit Ärzten ab, die einer namentlichen Nennung zustimmen. Einer gesetzlichen Regelung zur Offenlegung, wie sie in den USA mit dem Sunshine Act vorliegt, steht das Unternehmen positiv gegenüber: „Dann wäre die Diskussion beendet“, sagt Sprecherin Barbara Masser-Mayerl. Derzeit gebe es immer wieder Ärzte, die vor einer Zusammen-

arbeit mit Glaxo Smith Kline zurückschrecken, wenn sie von der Pflicht zur namentlichen Offenlegung erfahren. Pharmig-Generalsekretär Jan Oliver Huber will weiter auf Selbstregulierung vertrauen – vorerst. „Wenn wir in fünf Jahren keine individuelle Offenlegungsrate von 50 Prozent erreichen, dann müssen wir uns auch dem Thema einer gesetzlichen Regelung stellen.“ Falls das nicht passieren sollte, möchte auch das Gesundheitsministerium eine Lösung auf EU-Ebene diskutieren. „Immerhin“, so Sektionschef Gerhard Aigner, „gibt es den Grundsatz zur Offenlegung potenzieller Interessenkonflikte aus gutem Grund.“

WISSEN

Das Projekt „Euros für Ärzte“

In diesem Projekt arbeiten DER STANDARD, der ORF und die deutsche Rechercheplattform Correctiv Daten zu Zahlungen an Mediziner und Krankenhäuser auf.

Diese Informationen haben die Mitglieder des Verbandes pharmazeutischer Unternehmen Ende Juni zum zweiten Mal veröffentlicht. Ein gemeinsamer Verhaltenskodex regelt die Art der Publikation. Dieses Regelwerk hat Lücken. Es sieht keine patientenfreundliche Auflistung der Geldflüsse vor. Wer wissen möchte, ob sein Arzt einen Interessenkonflikt hat, müsste die Offenlegungen der 71 Unternehmen einzeln nach dem jeweiligen Namen durchforsten.

Erschwerend kommt hinzu, dass die Daten fehlerbehaftet sind und sieben Unternehmen die Dokumente in nicht computerlesbaren Formaten veröffentlicht haben. Diese mussten für die Datenanalyse händisch abgetippt werden.

Auch in sich sind die Daten teilweise nicht konsistent: Zeilensummen können sich von der Summe der Einzelschreibungen unterscheiden, der von den Unternehmen angegebene Anteil der nur anonym veröffentlichten Zahlungen ist oft nicht nachvollziehbar.

Das Ergebnis der Recherche: eine Datenbank, in der Sie nach Ihren behandelnden Ärzten und Spitälern suchen können. (red)

dStd.at/EurosFuerAerzte

Niederösterreichischer Verlag im Förderparadies

Verlagssitz ist ident mit Wohnadresse der Mutter des Verlegers, einer ÖVP-Nationalratsmandatarin

Renate Graber

Wien – Die Förderungen in Niederösterreich hat der Landesrechnungshof jüngst in der Luft zerrissen – neben der Dr.-Erwin-Pröll-Privatstiftung nahm er auch andere Einrichtungen unter die Lupe: so auch, wie berichtet, die Fördervergabe an den kleinen Waldviertler Steinverlag, der seinen Sitz in Bad Traunstein hat.

Ein Förderfall, der eines näheren Blickes würdig ist. Laut Rechnungshofbericht bekam die Steinverlag GmbH, die Peter Fichtinger gehört, von 2008 bis 2016 insgesamt 44.000 Euro für vier Buchproduktionen. Bei einem Buch finanzierte die öffentliche Hand 86 Prozent der Produktionskosten.

Der Sitz des mit Steuergeldern geförderten Verlags ist ident mit der Wohnadresse der seit 2005 tätigen Bürgermeisterin Bad Traunsteins, Angela Fichtinger. Die vormalige Mitarbeiterin der ÖVP Niederösterreich hat zudem seit 2013 einen Sitz im Nationalrat (ÖVP)

und gute Chancen, auch nach der nächsten Wahl wieder ins Parlament einzuziehen. Nachgesagt werden der 60-Jährigen beste Kontakte zu (ehemaligen) niederösterreichischen Regierungsmitgliedern, in Land wie Bund. Privat ist Angela Fichtinger die Mutter des Verlegers.

Dass zwischen der Rolle der ÖVP-Mandatarin, die in zahlreichen regionalen Vereinen aktiv ist, und den vom Rechnungshof NÖ kritisierten Förderungen ein Konnex bestehen könnte, weist Verleger Fichtinger zurück. „Das steht in keinem Zusammenhang, so etwas habe ich mit 43 Jahren nicht nötig. Der Firmensitz meines Verlags entspricht der Adresse meines Elternhauses, ich bin hier daheim.“ Wobei Fichtinger, der in Wien auch eine Werbeagentur betreibt, schon einräumt, dass ihn „die komische Optik“ beschäftige.

Und wie erklärt der Werber und Verleger die Kritikpunkte des Landesrechnungshofs? Was mangelnde Abrechnungen betrifft, könne es schon sein, dass ihm „da Fehler unterlaufen sind“, schließlich lege man die Abrechnungen an die Förderstellen „erst ein Jahr nach Beendigung der Buchprojekte“.

Und warum hat die Finanzabteilung des Landes 2016 die Förderung für das Buch *KünstlerInnen im Weinviertel* um 5000 Euro aufgestockt, ohne dass der Verleger einen Aufstockungsantrag gestellt hat? Fichtinger dazu: Er habe in der Kulturabteilung des Landes telefonisch angefragt, „ob es noch eine Möglichkeit gibt, dass die Förderung höher wird“. Zum Teil habe er wahrscheinlich „etwas naiv kalkuliert“, erklärt er die Kostenüberschreitung bei diesem Buchprojekt.

Dass „der Verlag die Förderung der Abteilung

Kultur von November 2015 trotz zweimaliger Mahnung im April 2017 noch nicht abgerechnet hat“ (Prüfbericht) führt Fichtinger auf „meinen Schlendrian“ zurück. Das sei nun aber erledigt, auch anderen Mahnungen zur Abrechnung sei er inzwischen nachgekommen. Mag sein, dass sein Erstaunen über seine Erwähnung im Landesrechnungshofbericht („Ich bin aus allen Wolken gefallen“) dabei eine Rolle gespielt hat.

Negativ aufgefallen ist den Kontrolloren übrigens auch, dass in den Buchprojektkosten „Leistungen der Werbeagentur des Alleingesellschafters der Förderungsnehmerin“ enthalten seien. „Ich weiß“, sagt der Verleger, „das schaut blöd aus“. Und liege daran, „dass in meiner Wiener Agentur angestelltes Personal an Buchprojekten mitarbeitet.“

Ob er denke, dass sein Steinverlag weiter gefördert wird? Das wisse er nicht, meint Fichtinger und fragt sich: „Ob ich in Sankt Pölten noch empfangen werde?“



Sankt Pölten (hier das Landhaus) förderte per Gießkanne.
Foto: Heribert Corn